

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin
 Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
 vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S42, Luisenallee 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt.
 Verbandmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Ueberschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend.
 Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G.m.b.H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 16. Fernspr.: Nollendorf 3005 bis 3008. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 17. bis 23. Mai und 24. bis 30. Mai ist der 20. und 21. Wochenbeitrag fällig.

Erhebung eines Extrabeitrages.

In Dänemark sind seit Mitte März 50 000 Arbeiter ausgesperrt, die Zahl hat sich bis Mitte April auf 120 000 erhöht. Das ist über die Hälfte der in Dänemark organisierten Arbeiter. Ein rücksichtsloses Unternehmertum will die tapfere dänische Kämpferschar ins Joch zwingen. Die lange Dauer und der große Umfang des Kampfes zwingt die dänischen Gewerkschaften, die Hilfe des Internationalen Gewerkschaftsbundes anzurufen, der seinerseits alle Länder zur Unterstützung aufruft. Für Deutschland sind zunächst 50 Pfg. pro Mitglied ausgeschrieben, die jeder Verband sofort abzuführen hat. Der Vorstandsvorstand hat beschlossen, diese Ausgabe durch einen Extrabeitrag wieder herinzuholen, da unser Kassenbestand als Kampffonds für die kommenden Kämpfe nicht geschwächt werden darf. **Jedes Mitglied hat mindestens einen Extrabeitrag von 50 Pfg. zu zahlen, auch die weiblichen und jugendlichen.** Für Vollmitglieder ist selbstverständliche Pflicht, zwei solcher Beiträge zu leisten.

Wir setzen voraus, daß dieser Beitrag gerne geleistet wird und den Einkassierern nicht die alten bekannten Schwierigkeiten bei Erhebung solcher Sonderbeiträge gemacht werden. Der dänischen Arbeiterschaft sind wir zu besonderem Dank verpflichtet. Sie war es, die uns in der schweren Not der Inflation materielle Hilfe geholfen hat, sie war es, die hungerrnde deutsche Kinder bei sich beherbergte. Jetzt wollen wir den gesprochenen Dank in die Tat umsetzen.

Berlin, 8. Mai 1925.

Der Hauptvorstand.
 I. A.: J. Busch.

Der Unorganisierte. *)

Im Arbeiterlager steht der Feind. Tagtäglich übt er Verrat. Übt Verrat, indem er ruhig zuseht, wie andere sich mühen um ein besseres Wohlergehen der Arbeiterklasse, wie sie Opfer, Not und Entbehrung auf sich nehmen in schwerem Kampfe um ein größeres Stück Brot, um einen bescheidenen Lichtblick, ein bißchen Lebensfreude im Proletariatsdasein.

Das ist der Unorganisierte. Er läßt die andern für sich sorgen. Das kostet ihn nichts, weder Geldopfer noch freie Zeit. Müht euch für mich; die Früchte, die ihr durch euren gewerkschaftlichen Fleiß erntet, ernte auch ich. Was ihr sät, reift auch mir zu. Gewiß, das ist Diebstahl an anderer Gut, ist Diebstahl am Arbeiterrecht und an den Klassengenossen. Ich esse mit, wenn durch anderer Mühen der Eßtisch des Arbeiters etwas reichlicher gedeckt wird. Den andern die Arbeit, mir der Erfolg. So rechnet der Unorganisierte.

Gewiß: das ist selbstsüchtig gehandelt, ist ein Verbrechen an der Solidarität der Arbeiterklasse, ist nackter Raub am Gute anderer, zeugt weder von proletarischem Überzeugungs, noch von irgendwelchem Opfersinn. Und obendrein ist das feig gehandelt. Der Unorganisierte, der so handelt, ist die Hyäne des wirtschaftlichen Schlachtfeldes. Gierig schluckt er die Vorteile der Gewerkschaftsbewegung, scheu drückt er sich vor der Organisationsarbeit. Und obendrein „spart“ er den Beitrag.

Ist ein solcher Mensch nicht im vollsten Sinne des Wortes verächtlich? In anderen Gesellschaftsschichten wird der Aufwärtler verachtet. Nicht aber bei großen Teilen der Arbeiterschaft. Vor dem Kriege galt allerdings auch in der Arbeiterklasse der Unorganisierte nichts. Merkwürdig: der Weltkrieg, der alle menschlichen Moralbegriffe umgestülpt hat, der das Morden und Stehlen zur „guten“ Tat erhoben, er hält auch heute noch viele von der

Rückkehr zur alten Moralauffassung ab; noch immer zittert des Krieges Moralvergiftung in allen Volksschichten nach und beeinflusst dabei auch in schädlicher Weise die Auffassung vieler Arbeiter in gewerkschaftlichen Dingen. Und so beobachten wir: Während man früher einem Unorganisierten gezeigt hätte, wo der Zimmermann das Loch gelassen, wenn er sich erküht hätte, in einer Gewerkschaftsversammlung das Maul aufzureißen und „gute Lehren“ zu verbreiten, darf er heute vielfach öffentlich mit seiner gewerkschaftlichen Nichtsnutzigkeit prahlen. Viele hören ihn ruhig an, manche klatschen ihm sogar Beifall, wenn er in rüdem Ton über die Organisation oder deren Vertreter loszieht und sich dabei seines Indifferentismus brüstet. Und Leute, die der Gewerkschaft angehören, die empfinden und wissen, daß es unwürdig ist, der Gewerkschaft nicht anzugehören, zollen nicht der kühnen Tat, sondern dem frechen Wortgeklingel Beifall, ohne zu ahnen, daß sie damit sich selbst und ihre eigene Gewerkschaftszugehörigkeit verspotten; ahnungslos lassen sie ihre eigene Organisation bespucken. Ja, es kommt sogar vor, daß sie solchen gewerkschaftlichen Marodeuren rechtgeben, wenn sie frechstimmig erklären, die Führung hätte bei der Bewegung nicht genügend herausgeholt, obwohl gerade die Unorganisierten die Macht der Gewerkschaft verkümmern halfen, so daß nur ein Teilerfolg herauspringen konnte. Ganz abgesehen davon, daß solche gewerkschaftliche Parasiten keinerlei moralisches Recht haben, aus einer Bewegung etwas zu fordern, zu deren Gedeihen sie weder beigeuert noch irgendsonst ein Opfer gebracht haben. Doch sie sind frech: Sie fordern von den Früchten, die andere ernten und schimpfen, wenn die Ernte nicht reichlich genug ausfällt.

Und solche Geister finden Anklang. Gewiß, der Krieg hat die Moralbegriffe verkrüppelt. Und diese Umstülpung von gut und böse wirkt heute noch nach. Aber wäre es nicht endlich an der Zeit, daß sich wenigstens organisierte Arbeiter davon frei machen, indem sie wieder gewerkschaftlich klar sähen und sich endlich wieder der alten Gewerkschaftsgrundsätze erinnerten und sie beherzigten?

Das muß endlich geschehen. Wer nicht mit uns ist, der ist unser Gegner, ob er im feudalen Gesellschaftsfrack oder im Arbeitskittel auftritt. Der Arbeiter, der die Früchte der Organisation einsackt, ohne irgendwie zur Stärke der Gewerkschaft beizutragen, ist ein gewissenloser Dieb am Gewerkschaftsrecht. Als solchen behandelt ihn. Er ist doppelt verächtlich, weil sich sein Tun gegen die eigene Klasse richtet. Zeigt solchen Parasiten, falls sie sich erfreuen, auch in Versammlungen „gute“ Ratschläge zu erteilen, die Saaktür von draußen. Und auch im Privatleben keinerlei Gemeinschaft mit ihnen! Denn sie sind Verräter eurer Interessen, Diebe an eurem Organisationsfleiß, ein Hemmschuh in eurem wirtschaftlichen Fortkommen!

Zurück zu den alten, gesunden, gewerkschaftlichen Moralbegriffen! Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Der Feind im eigenen Lager ist der verächtlichste und gefährlichste. Und wer sein Freund ist, ja, ihn nur beachtet, der begünstigt den Feind, er begeht Verrat an der eigenen Klasse, er ist sein eigener Feind. Und die wohlverdiente Verachtung, die die Hyänen des Wirtschaftskampfes trifft, fällt auch auf ihn! Mit Verrätern paktiert man nicht.

Das war früher die gewerkschaftliche Anschauung. Danach wurde gehandelt. Handelt wieder so!

Lernt von Euren Arbeitgebern, die im „Pinneberger Tageblatt“ vom 1. September 1924 folgenden Inserat brachten:

„Vereinigung deutscher Forstbaumschulen.“

Zur Vermeidung von Strafen werden die Mitglieder gewarnt, ohne sich vorher bei mir zu erkundigen, mit Nichtmitgliedern Geschäfte anzuknüpfen. Es haben sich einige aufgeforderte Nichtmitglieder noch nicht entschlossen, der Vereinigung beizutreten, so daß gegen dieselben vielleicht der Boykott ausgesprochen werden muß.

Der I. Vorsitzende. Erich Pfeil, Rathenow.“

*) Aus „Der Grundstein“.

Wenn die Organisation fehlt

oder wenn sie zeitweise keine leistungsfähige Ortsgruppe hat, dann müssen dies die Arbeitnehmer in den betroffenen Orten schwer bezahlen. Der Betrag ist aber nicht in Vergleich zu stellen mit dem angeblich gesparten Verbandsbeitrag, sondern er beträgt oft das Zehnfache und mehr. Dies wird zunächst vielen unglaublich erscheinen und doch ist es so, nur daß die Summe nicht in Beitragsform eingezogen wird. Den Betrag behält der Unternehmer in diesen Orten einfach ein, denn dies fällt weniger auf und der Arbeitnehmer läßt es sich oft leichter gefallen, pro Woche 10 Mark weniger Lohn zu erhalten, als auch nur einen Bruchteil dessen an seinen Verband zu bezahlen.

Doch urteilt selbst, ob ich damit zu viel gesagt habe, sicher haben viele ähnliche Erfahrungen gesammelt.

1. Beweis: Chemnitz hatte bis 1922 eine leistungsfähige Ortsverwaltung, diese brachte die Löhne regelrecht auf die gleiche Höhe wie die in Dresden, Plauen und Leipzig. Nachdem die Ortsverwaltung geschwächt war, gingen die Löhne gegenüber den genannten Orten weit zurück. Am 1. März 1925 ergab sich nun folgendes Bild:

Die Löhne auf Landschaft betragen in Dresden für Vollgehilfen 68 Pfg., ebenso in Leipzig. Gezahlt wurde Verbandsbeitrag pro Woche 70 Pfg. In Chemnitz betrug der Stundenlohn 50—55 Pfg. Die Chemnitzer Kollegen sparten 70 Pfg. Verbandsbeitrag, erhielten aber 13—18 Pfg. Lohn pro Stunde weniger oder die Woche 6,20 bis 8,60 M., dafür dürfen sie aber 9—10 Stunden pro Tag arbeiten.

2. Beweis: Für Halle trifft das gleiche zu, wie für Chemnitz, nur daß hier die Löhne bis vor kurzem noch viel tiefer standen. In einer öffentlichen Versammlung habe ich dabei folgendes festgestellt: 1924 wurde auf Landschaft gezahlt: 32—40 Pfg., Januar 1925 38—50 Pfg., sodaß die Kollegen in Halle zeitweise über 10 M. pro Woche hinter Leipzig standen. Dafür hatten sie allerdings den Verbandsbeitrag gespart. (Für wen?)

Was kümmert uns Halle, wird dies oder jener sagen, ohne zu bedenken, wie sich so etwas auswirkt. Doch lassen wir die Praxis sprechen. Diese sagt: Hallenser Landschaftler arbeiteten monatelang in Berlin für 40 und 50 Pfg. pro Stunde und erhielten eine Auslösung von 1,— bis 1,50 M. pro Tag. Die Berliner Landschaftler erhielten pro Stunde 80 Pfg., zu der Zeit, als die Hallenser noch 40 Pfg. bekamen, also 19,20 M. pro Woche mehr. Ja, ich traute meinen Ohren nicht, als man mir sagte, daß auch das Fahrgeld von den Arbeitnehmern getragen werden müßte.

Von verschiedenen jungen Gehilfen wurde mir dort, auf meine Aufforderung, sich zu organisieren, gleichfalls geantwortet, für uns hat es keinen Zweck mehr, wir fahren in acht Tagen nach Hamburg oder Berlin, weil dort die Löhne höher sind. Das zeigt uns also, daß solche Kollegen aus schlecht bezahlten Orten leicht zu Lohndrückern in jenen Städten werden, wo die Organisation die Löhne hoch gebracht hat.

Wir aber müssen daraus die Lehre ziehen, ähnliche Beispiele zu sammeln und denjenigen Kollegen vor Augen zu führen, die gern Pfennige sparen und andere für sich arbeiten lassen. Höhere Löhne soll man nicht durch Stellenwechsel zu erreichen suchen, sondern durch den Ausbau der Tarife seitens unseres Verbandes.

Das ist möglich! Hindernis kann uns daran nur allein die unorganisierte Arbeitnehmerschaft, darum helfe das Heer der Unorganisierten schwächen, durch Werbung neuer Streiter.

A. Meißner, Leipzig.

Unsere Aufgaben.

Den Gewerkschaften fällt die geschichtliche Aufgabe zu, aus Wirtschaftsuntertanen Wirtschaftsbürger zu machen. Friedrich Naumann.

Wenn man in den uns fernstehenden Kreisen und auch bei unseren Mitgliedern eine Umfrage über Zweck und Ziele der Gewerkschaften veranstalten wollte, so dürfte uns in den meisten Fällen die Antwort werden, daß wir als Apparat zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu betrachten seien. Gewiß ist für uns die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeitenden das Primäre, das Grundlegende. Daß uns aber darüber hinaus noch Aufgaben anderer Art zugewiesen sind, bezeugt obiger Ausspruch des aufrechten bürgerlichen Politikers. Wie das Wirken unserer politischen Kampfgenossen uns aus dem Untertanentum erheben hat, so fällt den Gewerkschaften die Aufgabe zu, aus Wirtschaftsuntertanen, die ein willenloses Werkzeug in der Hand ihrer Brotherrn sind, Wirtschaftsbürger zu machen, die einen bestimmenden Einfluß auf die Produktion und deren Verteilung haben. Wenn dieser Einfluß heute noch nicht sehr groß ist, wenn wir uns noch damit begnügen müssen, nur in gewissem Maße bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, bei Unfallverhütungsvorschriften usw. mitbestimmend zu sein, so ist dies kein Versagen der Gewerkschaften. Ganz andere Ursachen ließen den Angriff der Arbeitenden auf das Bollwerk des kapitalistischen Systems nicht weiter treiben. Ursachen und Hemmungen, die

nicht von heute auf morgen zu beheben sind, sondern langwieriger Vorbereitung und Schulung der Massen bedürfen. Betrachten wir einmal z. B. das politische Kräfteverhältnis, so müssen wir leider feststellen, daß Gefühls- und Schlagwortpolitiker noch reichste Ernten halten und geschichtliches Wissen in den wenigstens Fällen maßgebend bei der politischen Betätigung des Einzelnen ist. Ähnlich liegen die Dinge auf der wirtschaftlichen Seite des proletarischen Befreiungskampfes. Gewohnheitsmäßige Kritiker und Nörgler, deren ganze Weisheit in der Regel in dem lapidaren Satz endet: „Die Gewerkschaften haben versagt“, mögen sich doch selbst einmal eingestehen, wie schwer es ist, auch nur einige gute Kräfte für die reslose Erfüllung eines Betriebsratspostens, dessen Aufgabenkreis bedauerlicherweise eng gezogen ist, aus einer Belegschaft zu suchen. Erst dann, wenn bei den arbeitenden Massen ein Interesse für das Geschehen in Staat und Wirtschaft geschaffen ist, kann wieder ein größerer Angriff auf die Position des Kapitals gewagt werden. Bis dahin ist es unsere Aufgabe, durch unermüdlige Kleinkämpfe diesen Sturm vorzubereiten.

Als letzte und nicht unwichtigste Aufgabe bleibt uns im proletarischen Emanzipationskampf die Teilnahme an den kulturellen Gütern der Menschheit. Andernfalls ist alles menschliche Streben Unsinn oder zwecklos. Darum muß es unsere Aufgabe sein, überall wo wir nur können, das Interesse an geistigen Dingen bei unseren Mitgliedern wach zu rufen. Wir erreichen dadurch vor allem, daß diejenigen, welche einmal Interesse an höheren geistigen Dingen gewonnen haben, viel stärker die Armseligkeit ihrer proletarischen Lage empfinden und jene geistige und kulturelle Bedürfnislosigkeit ablegen, die schon Ferdinand Lassalle mit den schärfsten Worten gegeißelt hat. Heute sieht die Mehrzahl der Arbeitenden im Staat nur die Polizeigewalt, im Wirtschaftswesen nur eine Institution, der sie ihre Arbeitskraft opfern müssen, um nicht in den Zustand tiefster Verelendung zu verfallen. Nur eine Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge wird das Verstehen für Staat und Wirtschaft erwecken können, wird den Gleichgültigen zum Bewußtsein bringen, daß sie als Träger der Hauptlasten den Staat und die Wirtschaft erobern müssen. Darüber hinaus wird, wenn man ein Interesse für geistige Dinge vermittelt, einer Ethisierung unseres ganzen Volkes der Weg geebnet, viel besser, als es mit dem Palliativmittelchen unserer heutigen Gesellschaft möglich ist.

Und noch ein Ziel soll die Weiterbildung — die Hebung aus dem Dunstkreis eines engen Horizontes — für die Arbeitenden haben. Ein mehr oder weniger gewaltsamer Umsturz darf die Massen nicht wieder urteilslos, jeder Phrase empfänglich, vorfinden. Wenn wir auf Grund der Entwicklung des Wirtschaftslebens Richtungslinien ziehen wollen, so wird uns klar, daß zwischen dem sich immer mehr in wenigen Händen zusammenballenden Kapital und dem durch langsame Verarmung des sogenannten Mittelstandes, immer größer werdenden Heer des Proletariats bald eine gewaltsame Auseinandersetzung sich ergeben muß. Nur wenn sich dieses seiner geschichtlichen und kulturellen Aufgabe bewußt ist, kann es den Sieg über das kleine, aber durch straffe Organisation starke Häuflein des Kapitals davon tragen.

H. Hörner, München.

Botaniker heraus!

Seit Jahresfrist macht sich wieder die regelmäßige Abhaltung von Mitgliederversammlungen unserer Verbandskollegen nötig. Die regelmäßig in jeder Versammlung wiederkehrende Behandlung von Lohn- und Tariffragen ist unter den gegebenen Verhältnissen einzuschränken. Dafür muß der fachwissenschaftlichen Seite mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auf diesem Gebiete sind entsprechende Vorträge nötig. Heute sehen wir, wie uns 10 Jahre Krieg und Inflation zurückgeworfen haben. Diese Lücken müssen in jahrelanger zäher Arbeit ausgeglichen werden. Für gute Fachvorträge stehen uns in der Hauptsache nur Kollegen zur Verfügung, die ihr Wissen und Können in der Vorkriegszeit erworben haben. Die jüngere Generation ist fachwissenschaftlich leider vernachlässigt worden. Hinsichtlich des Mitarbeiterstabes in unserem „Gärtnerei-Fachblatt“ ergibt sich dasselbe Bild. „Warum nur Botaniker heraus?“ Das soll heißen: Die in den botanischen Gärten, den städtischen und staatlichen Gartenverwaltungen tätigen Kollegen haben gemäß ihrem Wissen mit der Aufgabe, auf fachwissenschaftlichem Gebiet durch Vorträge einzugreifen. Sie sind zum großen Teil dazu in der Lage. Wenn ihr heute zum Teil nur Versammlungen anderer städtischer Arbeiter und Verbände besucht, so begeht ihr ein schweres Unrecht gegenüber der in anderen Betrieben tätigen jungen Gärtnerschaft. Letzten Endes schädigt ihr Euch selbst.

Unsere Arbeitgeber und auch die gärtnerischen Ausschüsse bei den Landwirtschaftskammern haben ernstlich für die fachliche Vervollkommnung der jungen Gehilfen herzlich wenig übrig. Den Lehrlingsschulen und Lehrlingsprüfungen wenden sie in der Hauptsache nur insoweit ihr Interesse zu, um Lehrlinge als billige Arbeitskräfte zu erhalten. Sogenannte Lokalvereine fachwissenschaftlichen Charakters gründen und unterstützen die Arbeitgeber wiederum nur, um gegen die Lohnpolitik unseres Verbandes einen Schutzwall zu schaffen. So bleibt uns auf diesem

Gebiet nur die Selbsthilfe als Mittel übrig. Deshalb, ihr Botaniker aller Betriebe, herunter von der Ofenbank; arbeitet in unseren Versammlungen im Interesse des Gesamtberufes mit! — — n.

Die zukünftige Entwicklung d. Friedhofswesens.

Unsere heutigen Friedhöfe befinden sich fast ausschließlich in dem Besitz der Gemeinden oder der Kirche. Früher war das ein ausschließliches Privileg der Kirche oder der verschiedenen Religionsgemeinschaften allein. Durchblättert man alte Urkunden nach der Entstehung der Friedhöfe, so haben meist die Gemeinden Land für die Friedhöfe kostenlos zur Verfügung stellen müssen. Auch mußten sie die Umfriedigungen (davon abgeleitet umfriedeter Hof, zuletzt Friedhof) auf Gemeindekosten erstellen. Die so entstandenen Begräbnisplätze wurden dann bei ihrer feierlichen Einweihung von der Kirche in Verwaltung übernommen. Es half den Gemeinden nichts, wenn nach Jahrhunderten ein solcher Friedhof sequestriert wurde und die Kirche das alte Friedhofsland zu ihrem Nutzen verkaufte. Die Ansprüche der Gemeinden an solche Ländereien wurden durchweg aus Rücksicht gegenüber der Kirche abgewiesen.

Die Entwicklung der Großstädte zwang die Stadtverwaltungen zu großen Friedhofsanlagen. Diese mußten meist weit über die Peripherie der Stadt hinaus angelegt werden. Dabei haben die Gemeinden von vornherein grundsätzlich diese Friedhöfe in eigene Regie übernommen. Unter kirchlicher Obhut wäre die Entwicklung des Ohlsdorfer Friedhofes in Hamburg unmöglich gewesen. Dasselbe Bild zeigt sich in Hannover, Frankfurt a. Main, Leipzig und anderen Groß- und Mittelstädten mehr. In dieser Form wird die nächste Weiterentwicklung unseres Friedhofswesens vor sich gehen.

Neue Formen erzwingt aber auch der Übergang von der Beerdigung zur Feuerbestattung. Wohl hat sich die Kirche mit Händen und Füßen gegen die Einführung der Feuerbestattung gewehrt. Das Verbrennen der Leichname soll eine unchristliche, heidnische und barbarische Sitte darstellen. Den eigentlichen Beweggrund verschwiegen aber die Vertreter der Kirche. Das sind wirtschaftliche Machtgründe wegen des Einflusses auf den Friedhöfen. Wohl konnte die rasche Entwicklung im Übergang zur Feuerbestattung durch kirchlichen Einfluß gehemmt werden; jetzt sind aber auch in dieser Richtung die Fesseln gefallen. Wo Krematorien vorhanden sind, zeigen die Jahresstatistiken der Gemeinden und Standesämter einen rapiden Übergang zur Feuerbestattung. Nähere Zahlen liegen aus Dresden vor, wo nach 17-jährigem Bestand des Krematoriums im Jahre 1924 rund 40 % der verstorbenen Erwachsenen verbrannt worden sind. Somit verblieben den Friedhöfen nur noch 60 % der Erwachsenen für die Erdbestattung. Verstorbene Kinder werden meist beerdigt. Dabei entstehen immer neue Krematorien. Diese Entwicklung wird nicht aufzuhalten sein und in wenigen Jahrzehnten dürfte die Feuerbestattung die Erdbestattung überflügelt haben.

Auch die Frage der kostenlosen Totenbestattung durch die Gemeinden dürfte einen großen Einfluß auf die Entwicklung des Friedhofswesens ausüben. Wenn an der Bestattung selbst nichts mehr zu verdienen sein wird, dürfte das Interesse der Kirche an den Friedhöfen automatisch aufhören. Somit wird sich die kostenlose Totenbestattung sowieso nur auf gemeindlichen Friedhöfen durchführen lassen. Eine Anzahl Gemeinden hat diesen Plan schon realisiert. Dann wird die Entwicklung des gesamten Friedhofswesens in gemeindlichen Besitz vor sich gehen. Anstelle der noch vorhandenen Friedhöfe werden in verhältnismäßig kurzer Zeit zentralisierte Gemeindefriedhöfe treten. Dort werden der gartentechnischen Friedhofskunst große Aufgaben entstehen und gelöst werden. Dabei wird die Grabpflege mehr und mehr in eigener Regie der Gemeindeverwaltung ausgeführt werden. Damit sehen wir gleichzeitig die zukünftige wirtschaftliche Form der Entlohnung unserer Friedhofskollegen und -kolleginnen. g.

An die Nichtorganisierten!

„Euch ermahne ich zur Scham“.

Woher kommt es denn aber, daß Ihr, die Ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit Eurer Sympathie begleitet, daß Ihr noch nicht eingezzeichnete Mitglieder seid? O, ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit Ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich aber frage Euch: Ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? . . . Euch also, die Ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo Ihr nicht gesät, Euch, die Ihr mich mit Eurem Beifall und Akklamationen begleitet, Euch ermahne ich zur Scham. Ferdinand Lassalle.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Berliner Friedhöfen.

Die meisten Berliner Friedhofsarbeiter haben während der Inflationszeit die Leiden, welche die gesamte Arbeiterschaft über sich ergehen lassen mußte, in erhöhtem Maße zu spüren bekommen. Die Zahl der Beschäftigten auf den evangelischen Friedhöfen war infolge der Betriebsbeschränkungen im Vergleich zu früheren Jahren außerordentlich gering. Die meisten mußten noch obendrein in den Wintermonaten eine bis zu täglich 4 Stunden verkürzte Arbeitszeit in Kauf nehmen. Die Leute gingen mit einem Wochenlohn in ungefähre Höhe der Erwerbslosenunterstützung nach Hause.

Obwohl der Schnitter Tod in den letzten Jahren eine reiche Ernte hielt, traten die Unterhaltungsarbeiten völlig in den Hintergrund. Man beschränkte sich hauptsächlich auf Beerdigungen. Der äußerliche Zustand der meisten Friedhöfe ließ viel zu wünschen übrig. Es erscheint uns aber sehr zweifelhaft, ob es unbedingt notwendig war, die Einschränkungen in diesem Ausmaß vorzunehmen. Wenn auch zugegeben werden soll, daß die Kirchengemeinden nicht zu den Inflationsgewinnern gerechnet werden. Jedenfalls hat man z. B. bei der Verpachtung der Gärtnereien eine ziemliche Kurzsichtigkeit an den Tag gelegt. Die Pächter, die nunmehr den Betrieb übernahmen, haben bereits im Frühjahr 1924 ein geradezu glänzendes Geschäft gemacht.

Bei diesen Verhältnissen hatten wir natürlich bei den Tarifverhandlungen mit den Kirchengemeinden einen schwierigen Stand. Die Vertreter der Innenkirchhöfe erklärten wohl, daß man die Notlage der Arbeiterschaft anerkenne, jedoch habe man sehr ernstlich erwogen, sämtliche Arbeiter zu entlassen, um einzelne Arbeitskräfte zu dem notwendigen Beerdigungsdienst nach Bedarf heranzuziehen. Es wäre verkehrt, anzunehmen, daß es sich hierbei um einen Bluff gehandelt habe. Mit Beginn der Währungsstabilisierung besserten sich dann die Verhältnisse zusehens.

Mit welchen niedrigen Löhnen sich die Arbeiter zufrieden geben mußten, beweist allein die Tatsache, daß am Schluß des Jahres 1924 trotz einer Lohnsteigerung von 85 % folgende Spitzenlöhne gezahlt wurden: Für Gärtner 76 Pf., für angel. Arbeiter 61 Pf., für ungel. Arbeiter 57 Pf., für angel. Arbeiterinnen 48 Pf., für ungel. Arbeiterinnen 43 Pf.

Dabei ist es inzwischen gelungen, eine schon vor Jahren gestellte Forderung zu verwirklichen, nämlich eine automatische Anpassung an die Lohnsätze der Reichs- und Staatsarbeiter. Wenn man berücksichtigt, daß vordem nur 80 % dieser Löhne gezahlt wurden, so muß zugegeben werden, daß immerhin ein Fortschritt erzielt worden ist.

Es soll nicht etwa behauptet werden, daß diese Lohnregelung als vorbildlich gelten kann. Die Lohnpolitik der Reichs- und Preussischen Regierung ist ein Kapitel für sich. Angeblich sollen bei der Lohnfestsetzung die gezahlten Löhne in der Industrie zugrunde gelegt werden. Die Industriellen, insbesondere die Scharfmacher in Berlin, sind nach Kräften bemüht, den deutschen Arbeiter an ein Kuldassein zu gewöhnen. Daran wird auch nichts geändert, wenn z. B. Herr von Siemens in einer weit verbreiteten längeren Abhandlung seine Fortschrittlichkeit in punkto Arbeitnehmerfragen betont. Auf Grund solcher Methoden, wo Regierung und Industrie Hand in Hand arbeiten, kann natürlich keine Rede davon sein, daß die Rechte der Arbeiterschaft gewahrt bleiben.

Die Unzufriedenheit der Friedhofsarbeiter — und natürlich auch der Staatsarbeiter — mit den derzeit gezahlten Löhnen ist unverkennbar. Wir dürfen uns jedoch bei unserer zukünftigen Lohnpolitik nicht von Stimmungen leiten lassen. Es muß berücksichtigt werden, daß die Kirche staatliche Zuschüsse, mindestens hinsichtlich der Besoldung der Geistlichen, erhält. Es ist stets von den Vertretern der Kirchengemeinden betont worden, daß sich größere Schwierigkeiten mit der Regierung ergeben würden, wenn man trotz dieser Zuschüsse höhere Löhne als der Staat selbst zahlt.

Die Friedhofsarbeiter werden die weitere Entwicklung in den Staatsbetrieben aufmerksam verfolgen müssen. Es können schließlich Verhältnisse eintreten, die uns geradezu dazu zwingen, von der jetzt getroffenen Lohnregelung abzugehen. Es zeigt sich immer mehr, was jedem Einsichtigen längst bekannt ist, daß es uns nicht gleichgültig sein kann, wie die Parlamente und Regierungen zusammengesetzt sind. Von einer reaktionären Regierung hat die Arbeiterschaft auch hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen schwere Nachteile zu erwarten.

Wie alle Kollegen in den Staats- und Gemeindebetrieben, müssen auch die Friedhofsarbeiter die Vorbedingungen schaffen, allen reaktionären Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten zu können. Eine Stärkung der Organisation ist unbedingt notwendig. Erfreulichweise konnten wir in der letzten Zeit zahlreiche Neuaufnahmen buchen. Die Mitgliederzahl des christlichen Gärtnerverbandes auf den Friedhöfen, die übrigens nie bedeutend war, ist arg zusammengeschmolzen. Auf den größeren Friedhöfen, vor allem auf dem Hauptfriedhof in Stahnsdorf, war der genannte Verband überhaupt nicht vertreten. Wir haben keine Veranlassung, uns in dieser Frage mit dem christlichen Verband weiter auseinanderzusetzen und haben durchaus nichts dagegen, wenn einige Leutchen, um keinen Anstoß zu erregen, dieser Organisation angehören. Man

soll aber endlich mit dem Gerede aufhören, daß es das gute Recht der Kirchengemeinden ist, die Zugehörigkeit zu einem christlichen Verband zu verlangen.

Diese Theorie ist in jeder Beziehung unhaltbar. Wir verlangen von unseren Mitgliedern überhaupt nicht, daß sie aus der Kirche austreten oder sich einer bestimmten politischen Partei anschließen müssen. Die Kirche wird sich ferner auch hüten, Mitglieder freigewerkschaftlicher Organisationen aus ihrer Gemeinschaft zurückzuweisen. Vielmehr werden die Kirchensteuern von diesen ganz gern genommen, evtl. sogar zwangsweise eingetrieben. Nun gibt es aber Geistliche, die sich offen zur sozialistischen Weltanschauung bekennen und trotzdem an den Berliner Kirchen wirken. Ist es denn nicht geradezu widersinnig, dem einfachen Arbeiter vorschreiben zu wollen, welche Weltanschauung er haben muß? Bei der Austragung aller Streitfragen vor dem Schlichtungsausschuß und sonstigen Behörden ist es auch den Kirchengemeinden nicht möglich gewesen, die Zustimmung über die Ausschaltung der freigewerkschaftlichen Organisation zu erreichen. Dieser Streit kann heute als erledigt gelten.

Ein Teil der Kirchengemeinden ist zwar aus der Tarifgemeinschaft ausgeschieden. Diese Ausgeschiedenen sind zum größten Teil als Anhänger der „Diktatur“ bekannt, denen Verhandlungen mit der Arbeiterschaft ein Greuel ist. Der ständige Kampf mit den Rückschrittler zeitigt aber auch seine Erfolge. Das beste Beispiel dafür bietet uns die Kirchengemeinde von St. Georgen unter Führung des Pfarrers Zimmer. Mit allen erdenklichen Mitteln hat man es hier versucht, den Arbeitern den Organisationsgedanken auszutreiben. Eine ganze Reihe von Streitfällen mußte ausgeglichen werden, um den beteiligten Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen. Ein Ruhmesblatt waren diese Angelegenheiten für die Kirchengemeinde sicher nicht. Schließlich sollte den Kollegen ein Sondervertrag aufgezwungen werden. Gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages wurde vom Gemeinderat Anspruch erhoben. Als von der Reichsarbeitsverwaltung die Begründung gefordert wurde, teilte man mit, daß man weitere Auseinandersetzungen nicht führen will, da man bereits höhere Löhne zahle als sie der Tarifvertrag vorsieht. Das lassen wir uns schon eher gefallen. Nachdem die Peitsche versagt hat, versucht man es zur Abwechslung mit Zuckerbrot. Vielleicht hat sich Herr Pfarrer Zimmer auch seiner Worte vor dem Schlichtungsausschuß im Jahre 1923 erinnert, als er sich mit Händedruck von den Arbeitern verabschiedete und dabei versprach, die Streitaxt zu begraben.

Der Tarifvertrag ist inzwischen für allgemein verbindlich erklärt worden. Auch die Außenseiter können nunmehr zur Anwendung der tariflichen Bestimmungen gezwungen werden.

Es ist schwer zu sagen, ob die evangelischen Friedhöfe die frühere Bedeutung erlangen werden, zumal die Feuerbestattung einen erheblichen Umfang angenommen hat. Immerhin versucht man es, sich den neuzeitlichen Bestrebungen anzupassen. Der Friedhof der Berliner Stadtsynode in Stahnsdorf kann auch verwöhnten Ansprüchen genügen. Auf dem Friedhof der Luisenstadt-Kirche in der Bergmannstraße wird eine größere Abteilung für Urnenbeisetzungen geschaffen. Über die künstlerische Bedeutung dieser Anlage dürfte noch zu reden sein. Es würde zu weit führen, auf die Verhältnisse der einzelnen Friedhöfe in dieser Beziehung näher einzugehen. Auf allen Friedhöfen nehmen aber die Unterhaltungsarbeiten bedeutend zu. Die festgesetzten Gebühren haben inzwischen die Höhe der Vorkriegszeit wesentlich überschritten.

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung seit der Währungsstabilisierung durchaus günstig ist, hatten die Kirchengemeinden den Manteltarif gekündigt, um vor allen einen Abbau der sozialen Bestimmungen herbeizuführen. Auch die Sommerarbeiter, deren Zahl naturgemäß wesentlich größer geworden ist, sollten nicht mehr unter den Tarif fallen. Wenn es auch gelungen ist, die geplanten Verschlechterungen zum größten Teil zu verhindern, so können die bestehenden Verhältnisse keineswegs befriedigen. Die Arbeiterschaft muß alles daran setzen, eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben. Die Friedhofsarbeiter waren vor einigen Jahren in vorbildlicher Weise organisiert. Dies muß auch in der kommenden Zeit wieder der Fall sein.

Zum Schluß noch einige Zeilen zu den Verhältnissen auf dem Friedhof der Jüdischen Gemeinde in Weißensee. Hier wurde ebenfalls eine Personalverminderung, wenn auch nicht in dem Maße, wie auf den evangelischen Friedhöfen, vorgenommen. Die Jüdische Gemeinde hat es aber immer verstanden, Überschüsse herauszuwirtschaften, die im Vorjahre recht erheblich waren. Inzwischen ist die frühere Arbeiterzahl so ziemlich erreicht. Die Behandlung der Tarif- und Arbeiterfragen durch den Vorstand der Gemeinde forderte aber stark zur Kritik heraus. In der letzten Zeit ist es beinahe unmöglich gewesen, ohne Inanspruchnahme des Schlichtungsausschusses zu einer Verständigung zu gelangen. Man ist ängstlich bemüht, ja nicht einen Pfennig mehr zu zahlen, als die evangelischen Gemeinden. Vor einigen Jahren mußte eine vorübergehende geringe bessere Bezahlung als Begründung für die Tarifkündigung erhalten. Im Anschluß daran kam es zu einem Streik, der sicher nicht im Interesse der Gemeinde lag, und sich bei einem besseren sozialen Verständnis hätte vermeiden lassen. Heute wird man kaum noch solche Gründe ins Feld führen können, da von einer Besserstellung der Arbeiterschaft keine Rede mehr sein kann.

Für die Unterhaltung und Ausschmückung der Grabstätten wird von den Mitgliedern der Gemeinde Bedeutendes geleistet. Da die Gemeinde die Gebührensätze erheblich erhöht hat, ist sie sehr wohl in der Lage, den Arbeitnehmern weitergehende Zugeständnisse zu machen.

Wie überall, so auch hier, können unsere Forderungen nur mit Hilfe einer kampfkraftigen Organisation erreicht werden.

C. Bernhotat, Berlin.

Schon wieder Nonne & Hoepker!

Es ist noch gar nicht lange her, als wir an dieser Stelle die „Großkulturen Nonne & Hoepker“ in Ahrensburg bei Hamburg allen den Kollegen empfehlen konnten, die sich systematisch im Kohlkampfschieben trainieren wollen. Heute sind wir schon wieder in der glücklichen Lage, einen erneuten Beweis für unsere Behauptung zu Nutz und Frommen unserer Kollegen veröffentlichen zu können.

Unter dem 4. April 1925 schrieb nämlich die genannte Großfirma an einen 21-jährigen Kollegen Ewald H. in Berlin S. 59 folgendes:

„Wir nehmen Bezug auf Ihre Annonce im „Erwerbsgartenbau“ und teilen Ihnen mit, daß wir z. Zt. noch einige Gehilfen einstellen können. Je nach Lage der Arbeit werden Sie in unserer Stauden-, Dahlien-, Baumschul- oder Vermehrungs-Abteilung beschäftigt. **Z. Zt. zahlen wir pro Stunde M. —,35 bei 10 stündiger Arbeitszeit.** Kündigung ist 14-tägig; bei zufriedenstellenden Leistungen ist Stellung dauernd. Antritt müßte sofort erfolgen.

Ihren umgehenden Nachrichten, unter Beifügung von Zeugnisabschriften, ertgegensehend, zeichnen wir hochachtungsvoll

Nonne & Hoepker.

N.B. Freie Station können wir nicht bieten, doch nehmen unsere jungen Leute an einem Privat-Mittagstisch teil, der 0,90 bis 1,— M. kostet.“

„Man traue seinen Augen kaum! Stündlich 35 Pf.!! Im Jahre 1925, nicht etwa 1914!! Und 10 Stunden Arbeitszeit, trotz Verordnung der Reichsregierung vom Dezember 1923! Also: 3,50 M. je Tag oder 21 M. je Woche. Davon gehen ab für Steuer 60 Pf., für Invalidenversicherung 40 Pf. und für Krankenkasse im Minimum 85 Pf., insgesamt also 1,85 M. wöchentlich, sodaß den glücklichen Jüngern Floras ganze 19,15 M. je Woche verbleiben. Davon sind dann noch für den famosen Mittagstisch (Privat!) 7 M. und für die übrigen Mahlzeiten etwa 8,75 M. wöchentlich, zusammen folglich 15,75 M. abzuziehen. Mit dem enormen Rest von 3,40 bis allerhöchstens 4 M. soll dann die Wohnung bezahlt, für Kleidung, Schuhwerk u. dgl. gesorgt werden!

Wo bleibt dann das Bedürfnis nach Fachbüchern, Zeitschriften, Fortbildungskursen, ganz zu schweigen von Vergnügen u. dgl., deren ein jüngerer Mensch zweifellos bedarf, wenn er nicht frühzeitig ein verbissener Griesgram werden will?

Die Antwort ist ganz einfach: Zuerst wird auf die Fortbildungsmaterialien verzichtet werden müssen und dann heißt's hungern, aber feste, um mit weniger als 1,25 M. täglich für Frühstück, Vesper und Abendbrot auszukommen. Margarine und Faßschmalz werden an Stelle vitaminreicher Butter zur täglichen Kost, und das alles im Entwicklungsalter, wo der Mensch am meisten wächst — aber auch am meisten schuftet muß! Gar oft wird trockener Hauf, die berühmte Katsertorte des Weltkrieges, das alleinige Nahrungsmittel sein.

Man muß sich angesichts solch schamloser Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nur immer wieder erstaunt fragen, wo eine derartige Firma stets wieder ihr Personal herbekommt, da doch z. B. im benachbarten Hamburg auf Landschaft während des April 88—90 P. je Stunde, ab 1. Mai 93—95 Pf. und im Baumschulgebiet 47—58 Pf. je Stunde gezahlt wurden. Wahrscheinlich kommen diese Bedauernswerten aus den dunkelsten Gefilden Ost-elliens oder sind Unternehmersöhnchen mit einem netten Monatswechsel als Zubuße.

Wo bleiben da all die auch von uns veröffentlichten Mahnrufe erster Führer des Gartenbaues, nun endlich einmal mit der unwürdigen Lohnschönderei in unserem Berufe aufzuhören und menschenwürdige Löhne zu zahlen?

Begreifen nun unsere Kollegen, warum Firmen vom Schlage Nonner & Hoepker die Arbeitnehmerorganisation mit Feuer und Schwert bekämpfen, obgleich die Chefs meist doppelt, nämlich im Bund der Baumschulbesitzer und im Reichsverband des Deutschen Gartenbaues organisiert sind?

Kennen unsere Kollegen denn die Preispolitik des Bundes nicht, die schon hellste Empörung der Gartenarchitekten hervorgerufen hat und zur Gründung einer Sonderorganisation derselben führte?

Wollt ihr durch eure Sündenlöhne euch mitschuldig an einem so verbohrteten Wirtschaftssystem machen, daß auf der einen Seite einige Hundert Reiche schafft, die sich jeden Luxus, Autos, Bade-reisen usw. erlauben dürfen, während auf der anderen Seite Hunderttausende von Arbeitern, die erst durch ihre Hände alle Kulturwerte schaffen, kaum ein Existenzminimum bekommen, das knapp Essen und Trinken ermöglicht, aber für sonstige Anschaffungen und Kulturbedürfnisse nie auslangt.

Die sächsische Fachkammer für Gartenbau

ist am 31. März vom Landtag beschlossen worden. Bisher gab es dort einen Landesökonomierat mit einem Ausschuß für Gartenbau, heute nennt sich das gleiche Gebilde Landwirtschaftskammer bzw. Fachkammer für Gartenbau. Ob die Selbständigkeit der letzteren wirklich so groß ist, wie die Interessenten behaupten, bleibt abzuwarten. Jedenfalls sind die Wünsche der arbeitnehmenden Gärtner nach der in der Reichsverfassung festgelegten Gleichberechtigung völlig unberücksichtigt geblieben.

Ausland

„Allgemeine Österreichische Gärtnerzeitung.“

Zur Wahrung der Interessen aller im Gartenbau tätigen Arbeitnehmer haben die Gehilfenausschüsse bei der Genossenschaft der Zier- und Gemüsegärtner Wien und Umgebung ab April d. J. eine eigene achtseitige Zeitung herausgegeben, von der sie im Geleitwort selbst sagen, daß sie ein Beweis für die Überwindung der Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit sei. Wir begrüßen diese doppelte Tatsache und wünschen dem Bruderorgan recht gute Erfolge auf der vorgezeichneten Bahn.

Eine Massenkundgebung der Gärtnerschaft Österreichs für ein Pächterschutzgesetz

fand vor einiger Zeit im neuen Wiener Rathaus statt und nahm einen überwältigenden Verlauf. Gärtnereibesitzer Böhm schilderte die Lage Österreichs, die keine Vernachlässigung der bodenbearbeitenden Bevölkerung zulasse. Das Kapital kenne kein Vaterland, es ginge dorthin, wo die Produktionsbedingungen einfacher und billiger seien, um eine Verzinsung herauszuholen.

Die Gärtner könnten das aber nicht, weil sie an die Scholle gebunden wären, für deren Benutzung sie den Besitzern unglaublich hohe Pachten zahlen müßten. In diesem ungleichen Kampf, in dem die Unmenschlichkeit zu siegen drohe, könne nur modernes soziales Empfinden helfen, das in einem Pächterschutzgesetz zum Ausdruck kommen müsse.

Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Diese Kundgebung beleuchtet die Segnungen des kapitalistischen Systems so treffend, daß selbst den größten Zweiflern an der Notwendigkeit einer Neuordnung des Bodenrechts die Augen aufgehen müssen.

Rundschau

Änderungen in der Sozialversicherung.

In der Invalidenversicherung gelten ab 1. April folgende Bestimmungen:

„Der Reichszuschuß (§ 1285 RVO.) beträgt jährlich 72 Reichsmark für jede Invaliden-, Witwen- und Witwerrente und 36 Reichsmark für jede Waisenrente.“

„Bei der Invalidenrente (§ 1289 RVO.) werden zehn vom Hundert der seit dem 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträge als Steigerungsbetrag gewährt.“

Ferner wird für jede ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarke der bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen II-V ein Steigerungsbetrag gewährt; er beträgt für jede

Beitragsmarke in der Lohnklasse II 2 Reichspfennig,

„ „ „ „ III 4 „

„ „ „ „ IV 7 „

„ „ „ „ V 14 „

Die an diesem Tage laufenden Renten erhalten den obigen Reichszuschuß ebenfalls; ferner bekommen die an diesem Tage laufenden Invaliden-, Kranken- und Altersrenten außerdem die neuen Steigerungsbeträge, sofern ihr Monatsbetrag sich auf mindestens 50 Reichspfennige beläuft. Der Reichsarbeitsminister bestimmt das nähere für die Durchführung dieses Gesetzes. Er kann für den Fall, daß die Verteilung der gültig entrichteten Beiträge auf die Lohnklassen nicht mehr festzustellen ist, den Steigerungsbetrag abweichend bestimmen.

Auch in der Angestelltenversicherung sind für Beiträge der Gehaltsklassen F bis J aus der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Juli 1921 Steigerungssätze eingeführt, und zwar in Klasse F 1 Rm., in G 2 Rm., in H 3 Rm., in J 4 Rm. Die bis zum 1. Januar 1924 bewilligten und heute noch laufenden Renten erhalten diese Steigerungen, wenn der Monatsbetrag sich auf mindestens 1 Rm. beläuft.

Durch eine Verordnung vom 23. April ist die Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Angestelltenversicherung mit Wirkung vom 1. Mai auf 6000 Reichsmark festgesetzt.

Umsatzsteuerpflicht der Gärtnereibetriebe der Friedhofsverwaltungen.

In einem von dem Reichsfinanzhof erstatteten Gutachten wird die Tätigkeit der Friedhofsverwaltungen dann als umsatzsteuerpflichtig erklärt, wenn die Lieferungen oder Leistungen privatwirtschaftlichen Charakter haben. Umsatzsteuerfrei sind danach die Leistungen der Friedhofsverwaltungen, die sich auf Ausführung der Bestattung und den Erwerb der Grabstätte beziehen; denn der Empfänger dieser Leistungen ist auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Anordnung verpflichtet, die Leistung

anzunehmen. Diese Gebühren sind auch dann steuerfrei, wenn die den Höchstsätzen entsprechenden Leistungen beansprucht werden; denn diese Leistungen verlieren ihren Zwangscharakter nicht dadurch, daß sie sich in eine den Wünschen des Empfängers entsprechende Gestalt kleiden. Aus diesem Grunde sind umsatzsteuerfrei auch die Gebühren für die Genehmigung zur Aufstellung von Denkmälern sowie die Hügelgebühren.

Umsatzsteuerpflichtig sind dagegen die Gebühren für Belegen des Grabhügels mit Rasen, mit Efeu usw., Reinhaltung und Pflege der Gräber, Gießpflege, Überwintern von Pflanzen, Sträuchern und Bäumen, Aufhügeln alter Gräber, Sarg-, Gruft- und Grab schmuck, Verkauf von Blumen, Kränzen und sonstigen Gebinden, Sträuchern und Bäumen, Setzen von Sträuchern und Bäumen, Leihen von Pflanzen, Ausschmückung von Gräbern mit Blumen.

Zwar liegt eine würdige Ausschmückung und Pflege der Gräber im öffentlichen Interesse, und ein solches Interesse wird auch vielfach dafür vorliegen, daß diese Handlungen von der Friedhofsverwaltung selbst ausgeführt werden. Für die Umsatzsteuerpflicht ist es indessen unerheblich, welche Zwecke der Leistende verfolgt, er wird vielmehr steuerpflichtig, sobald seine Tätigkeit in die Privatwirtschaft eingreift. Ein Zwang, die Leistung anzunehmen, liegt nicht vor; außerdem ist der Empfänger vor die Wahl gestellt, entweder auf die Leistung zu verzichten oder sie von der Friedhofsverwaltung bewirken zu lassen. In diesem Falle führt die Friedhofsverwaltung Leistungen aus, die Gegenstand eines Privatunternehmens sein könnten, wenn ihr nicht eine Monopolstellung eingeräumt wäre. Eine solche Stellung begründet indessen keine Steuerbefreiung. (Reichsfinanzhof, 23. I. 25. — V.D. 1/25.) (Nr. 8331a.)

(Nachdruck verboten.)

Die Gewerkschaften gegen die Mietensteigerung.

Die Spitzenverbände aller Gewerkschaften haben am 22. April eine gemeinsame Kundgebung gegen die Bestrebungen der Reichsregierung auf Wiedereinführung der Friedensmieten an die Regierungen und Volksvertretungen gerichtet, in der es heißt:

„Die nachteiligen Folgen des verlorenen Krieges lasten besonders schwer auf den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter, den Arbeitern, Angestellten, Beamten und gewerbetreibenden Mietern, die trotz erheblicher Verminderung ihres Real Einkommens wesentlich höhere Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse zu leisten haben als in der Vorkriegszeit.“

Unter diesen Umständen muß von diesen Kreisen jede nicht unbedingt notwendige Steigerung der Ausgaben ferngehalten werden, und zwar um so mehr, als der Reichswirtschaftsminister erst vor wenigen Tagen erklärt hat, daß bei weiteren Lohn-erhöhungen die Frage der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ausschlaggebend ins Gewicht fallen müsse.

In stärkstem Widerspruch hierzu steht das Bestreben der Reichsregierung, in verhältnismäßig kurzer Frist die Friedensmiete wieder herzustellen.

Demgegenüber erklären die Organisationen,

1. daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß,

2. daß aus der Miete nur Mittel für den Wohnungsneubau und für die Erhaltung der Altwohnungen aufgebracht werden dürfen, und zwar unter Schonung zahlungsschwacher und zahlungsunfähiger Mieter,

3. daß die Hausrente nach dem Wegfall des weitaus größten Teiles der Hypothekenlasten nicht auf Kosten der Mieter weiter gesteigert werden darf;

4. daß jede Steigerung der Miete, die vorwiegend der Erhöhung der Grundrente dient, als weitere einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft zugunsten der kleinen und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits besonders begünstigten Gruppe der Grund- und Hausbesitzer wirkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vermindert,

5. daß eine weitere Mietsteigerung zurzeit für die größte Zahl der Mieter untragbar, außerdem aber bei Beachtung der oben aufgestellten Gesichtspunkte auch wirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist.

Der Aufstieg der Gewerkschaftsbank.

Unsere „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.“, die am 31. Mai vorigen Jahres aus der „Deutschen Kapitalverwertungsgesellschaft“ hervorging, erstattet vor kurzem ihren ersten Tätigkeitsbericht, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird:

Der Verlauf unserer Währungsstabilisierung hat viele enttäuscht, die sofortige Heilung aller Wirtschaftsleiden erhofft hatten, denn die Gesundheitskrise hat noch zahlreiche Opfer gefordert. Erst mit Regelung der außenpolitischen Probleme trat eine Besserung ein. Reich und Staat, soziale und kulturelle Verbände, fanden wieder Boden unter den Füßen und die Bank konnte durch eine, wenn auch nur bescheidene Kapitalansammlung die Erfüllung ihrer Aufgaben in die Wege leiten, d. h. sie hat, soweit die Rücksichten auf eine unerläßliche Liquidität dies gestatten, durch kurzfristige Kredite an Konsumgenossenschaften, soziale Bau- und Siedlungsgenossenschaften, Kommunalverbände, Ver-

sicherungsanstalten dazu beigetragen, daß das von der Arbeiterschaft zusammengetragene Geld auch wieder deren eigensten Interessen zugute kam. Hierin erblickt die Bank ihre vornehmste Aufgabe, weil gerade auf diesem Gebiete eine empfindliche Lücke vorhanden war. Allerdings muß dadurch natürlich auch auf Gewinnmöglichkeiten anderer Banken verzichtet werden, aber es kommt der Bank in erster Linie auf Förderung sozialer Zwecke an. Sie erzielte im Jahre 1924 einen Rohgewinn von 229 061,40 Mark. Die Handlungskosten betragen 83 505,02 M., sodaß ein Reingewinn von 139 556,38 M. verbleibt, von dem 75 000 M. dem gesetzlichen Reservefonds und 25 000 M. einem Spezialreservefonds überwiesen wurden. 2056,38 M. sind auf neue Rechnung vorgetragen. Die Dividende von 10 Proz. erfordert rund 37 500 Mark. Das Aktienkapital beträgt 750 000 M. in 750 Aktien.

Bekanntmachungen

Ortsverwaltung Berlin. Am ersten Pfingstfeiertag Dampferfahrt nach Rauchfangswerder, mit anschließendem Vergnügen.

Ein vergiftetes Leben!

Ein nervöser Mensch ist ein unglücklicher Mensch. Kleine Widerwärtigkeiten vergiften ihm das Leben. In seinem Beruf ist er zerkümmert und voller Unlust, er reibt sich allmählich auf. Nichts gelingt ihm, alle Wege zu Glück und Erfolg scheinen ihm verschlossen. Ein nervöser Mensch weiß garnicht, daß er krank ist. Nervöse Leiden fangen meist so harmlos an, daß man den Zeitpunkt des Krankheitsbeginns nicht feststellen kann. In leichteren Fällen äußert sich Nervosität durch: Kopfschmerzen, Gliederreißen, Zuckungen, Gesichtsschmerzen, Schmerzen in Hals, Armen und Gelenken, Augenflimmern, Blutwürgungen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, schwere oder schreckliche Träume, Beklemmungen, Schwindelanfälle, Angstgefühle, übermäßige Empfindlichkeit gegen Geräusche, Reizbarkeit, besonders früh nach dem Aufstehen, Unruhe, Launenhaftigkeit, Versagen des Gedächtnisses, Klopfen in den Adern, Gefühl von Taubheit in den Gliedern, Zittern der Hände und Kniee bei Erregung, Ohrensausen, Schreckhaftigkeit.

Nervosität, auch in den leichtesten Fällen, soll man sehr ernst nehmen. Erleichterung schafft man sich aber niemals durch Reiz- und Genußmittel! Im Gegenteil, die reißen die Nerven erst völlig nieder. Es gibt aber eine sehr einfache Hilfe, sie ist noch nicht genügend bekannt. Lassen Sie sich aufklären, ehe es zu spät ist! Es ist der Firma Dr. med. Robert Hahn & Co., Magdeburg gelungen, die edlen und sehr teuren Nerven-Nährstoffe in größeren Mengen rein zu gewinnen und als Nerven-Stärkungspräparat „Nervosin“ in den Handel zu bringen. Schon nach kurzer Zeit hat sich das Mittel dermaßen verbreitet, daß ein weiteres empfehlendes Wort nicht mehr notwendig ist. Die beste Überzeugung aber ist die durch die Tat! Die Firma hat sich entschlossen, eine zeitlang Gratisproben, kostenlos und unverbindlich, an jeden abzugeben; schreiben Sie an Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg, Fz. Jn. 19, eine Postkarte, dann erhalten Sie gratis eine ausreichende Probedosis und ein wichtiges Buch zugesandt. Gefällt Ihnen „Nervosin“, und wollen Sie Ihre Nerven kräftigen, so machen Sie eine „Nervosin“-Kur durch. Wir sind fest überzeugt, Sie dann in die Reihe unserer dankbaren Kunden einreihen zu können.

Abfahrt pünktlich 7,30 Uhr von der Oberbaumbrücke (Nähe Hochbahnstation Warschauer Brücke). Karten: für Erwachsene 3 M., für Kinder 1,50 M. (Kinder unter 6 Jahren frei) sind bei den Kassierern und bei der Ortsverwaltung zu haben. Nachzügler fahren mit der Eisenbahn bis Zeuthen und lassen sich nach dem Lokal Waldhaus mit einem Boot übersetzen.

Ortsverwaltung Hannover. Die Vermittlung von Arbeitskräften für gärtnerische Betriebe beim städtischen Arbeitsnachweis Hannover findet vom 1. April 1925 an unter paritätischer Mitwirkung des Fachausschusses für den Gärtnerberuf statt. Als Vermittlungstage werden einstweilen der Montag, Mittwoch und Freitag bestimmt, und zwar weibliche Kräfte von 12—12½ Uhr im Zimmer 36, männliche Kräfte von 12½ bis 1 Uhr im Zimmer 68, Königswortherplatz 1.

Plauen i. V. Versammlungen regelmäßig aller 14 Tage Sonntags abends im Restaurant „Deutscher Hof“, Fürstenstraße. Anfang 8,30 Uhr abends. Ortskassierer ist ab 1. April 1925 Kollege Neubauer, Plauen-Reusa, Reusaer Str. 125.



SÜDDEUTSCHE
GARTENBAU-
AUSSTELLUNG
LUDWIGSHAFEN A/RH

Herrschaftlicher Gärtner

für die Direktorbilla einer Aktiengesellschaft im Südbay. gesucht. Angenehme Unterrichtsverhältnisse. Bedingung: die Frau des Bewerber soll im Hause mithelfen und muß unbedingt perfekte Köchin sein. Angebote erbeten unter „3501“ an Krieglerbank G. m. b. H., Berlin SW. 61

Schattendecken

für Treibhäuser aus Cocospolster

liefert preiswert

B. J. Wilkens G. m. b. H.

Hörstel b. Rheine i. Westf.

Betriebs-Kapital?

Benötigen Sie Baugeld, Hypotheken etc. Beträge in jeder Höhe von M. 1000 aufwärts bis Millionen v. erstklass. Geldgebern an solv. Personen od. Firmen zu kulant. Bedingungen bei norm. Zinsen schnellstens durch **Schulz, Berlin-Pankow**, Breitestr. 6 Briefliche Anfragen Freikuvert. Zahlreiche Anerkennungen über getätigte Abschlüsse aus letzter Zeit vorliegend. Kein Wucher.

VAUEN
Die Qualitäts-Brayere-Pfeile
Nur echt mit eingetragter Schutzmarke

Busen, Atemnot, Verschleimung
Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihrem schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht
Walther Althaus, Hellgestadt (Eichsfeld) H. V. 21

Willst du Musik treiben? Mußt du dir selber schreien!

MUSIK
Instrumente für Orchester, Schule und Haus
Verlangen Sie Preisliste
MAX DURFEL
Klingenthal in Sachsen, Nr. 1

Gärtner

für Landhausgrundstück, erfahren in Gemüse-, Obst- u. Blumenzucht sowie Treibhausbehandlung, bei fr. Stellung sofort ges. Schriftliche Offerten mit Gehaltsansprüchen Zeugnisabschr u. Referenzen an Dr. Kramer, Treppendorf b. Lübben (Lausitz)

BEFUPFLANZEN
aus Stecklingsböden
4—5 Ranken 1/10 M. 10.—
Solehdärtnerei Weiden
bei Weißenberg in Sachsen

Wasserschläuche
Fabrikpreise
Pumpen von 7,50 M. an
Wiederverkäufer
gute Verdienste.
Armaturen - Fein
Berlin 50
Lausitzer Platz 16

Gegen

Rheumatismus, Hexenschuß, Ischias und Gicht

hilft sofort das garantiert giftfreie Pflanzenprodukt

„GIANAL“

„GIANAL“ greift das Herz nicht an sondern stärkt es!

„Die Wirkung Ihres Präparates hat meine Erwartungen weit übertroffen — Ich bin frei von Schmerzen“

So schreibt Herr Oberzollsekretär Hugo Schinz, Berlin SW 29, Bergmannstr. 23

Preis M. 3.— pro Flasche.
Kostenlos Auskunft und Prospekt.

Versandstelle den

Wieland-Apothek
Charlottenburg, Wielandstraße 15

Für den Vertrieb unseres hervorragenden Pflanzenverteilungsmittel

„Antigramin“

werden

Vertreter gesucht die bei Gartenbesitzern, Stadtverwaltungen usw. bestens eingeführt sind

HALIMAN G. m. b. H.
f. chem.-cosm. Präparate
Emden (Ostfriesland)

Suche zu sofort für meinen Hotelgarten selbständ. arbeitenden

Gärtner

Dauerstellung. Angeb. mit Gehaltsforderung.
Stephan's Hotel.
Ostseebad Juliusruh (Rügen)